

Ein Kuriosum als Gottesgeschenk

Aspekte des Vereinigungsprozesses in der Forschung

Hans Joachim Meyer

Das Hauptziel für den Vereinigungsprozess in der Wissenschaft musste es sein, die von der SED geschaffenen politischen und ideologischen Rahmenbedingungen für die Wissenschaft zu beseitigen. Denn diese sollten das wissenschaftliche Denken dem Allmachtsanspruch des Marxismus-Leninismus unterwerfen und die wissenschaftliche Arbeit den Zwecken des DDR-Sozialismus zuordnen. Für Lehre und Forschung bestand also die wichtigste Konsequenz der friedlichen Revolution darin, die Freiheit der Wissenschaft wiederherzustellen.

Aus diesem inhaltlichen Ziel ergab sich ganz zweifellos auch die Notwendigkeit einer grundlegenden strukturellen Neuordnung des wissenschaftlichen Lebens. Und es ist auch unbestreitbar, dass zwischen Inhalten und Strukturen eine wesentliche Beziehung besteht. Dennoch erfordert die Freiheit der Wissenschaft nicht zwingend eine bestimmte Struktur. Und geradezu provinziell wäre es zu behaupten, das wissenschaftliche Leben müsse so organisiert sein, wie sich dies in den Jahrzehnten der alten Bundesrepublik bis 1990 entwickelt hatte. Allerdings wurde dieser Anspruch im Rahmen des Einigungsprozesses vom Westen wie selbstverständlich und nicht selten mit missionarischem Eifer erhoben, zugleich jedoch in Bezug auf die ehemalige DDR mit einer geschichtlichen Legende in Frage gestellt. Bevor ich mich jetzt mit den strukturellen Konsequenzen der Einheit für das wissenschaftliche Leben im östlichen Teil Deutschlands und ihren Begründungen kritisch auseinandersetze, sagt mir allerdings meine zwanzigjährige Erfahrung mit der bundesdeutschen Debattenkultur, es wäre klug, vorher noch einmal ausdrücklich zu versichern, dass ich



Prophot Kleinod

Hans Joachim Meyer studierte Anglistik und Geschichte an der Humboldt-Universität Berlin, wo er vor der Wende als Professor für angewandte Sprachwissenschaft arbeitete. Als Minister für Bildung

und Wissenschaft gehörte er 1990 der Regierung de Maizière an, bevor er Sächsischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst wurde (bis 2002).

darum nicht die DDR zurückhaben und auch nicht deren Sozialismus wieder beleben will.

In der DDR war die außeruniversitäre Forschung weithin in der Akademie der Wissenschaften zentral organisiert. Wohlgermerkt: Ich spreche jetzt nicht von der Forschung, sondern von der außeruniversitären Forschung. Und dies in dem gleichen Sinne, in dem dieser Begriff in der alten Bundesrepublik verwendet wurde und wir ihn auch heute verwenden. Es liegt, so denke ich, auf der Hand, dass die zentralisierte Organisation der außeruniversitären Forschung dem Charakter der DDR entsprach.

Gleichwohl ist es nicht zwingend, daraus die Schlussfolgerung zu ziehen, darum schlossen sich umgekehrt eine freiheitliche Verfassungsordnung und eine zentrale Forschungsorganisation grundsätzlich aus. Das hieße ja, die Bundesrepublik sei wie die freie Welt und die freie Welt sei wie die Bundesrepublik. Davon kann bekanntlich keine Rede sein. Man muss ja nur an den zentralistischen Etatismus

Frankreichs denken, um sich dort eine solche Forschungsorganisation sehr wohl vorstellen zu können. Tatsächlich haben denn auch die früheren kommunistischen Staaten Mittelosteuropas an der zentralen Stellung ihrer Akademien der Wissenschaften weithin festgehalten, was ich nicht als Kritik sage.

Es mussten also weitere Gründe hinzutreten, um in der früheren DDR die außeruniversitäre Forschung radikal neu zu strukturieren. Der entscheidende Grund war der Beschluss der Volkskammer der DDR, der Ordnung des Grundgesetzes beizutreten. Freilich regelt das Grundgesetz nicht die Struktur der außeruniversitären Forschung. Theoretisch wäre es möglich gewesen, dass die neuen Länder eine eigene Forschungsstruktur geschaffen hätten. Tatsächlich habe ich damals vorgeschlagen, dort für eine Übergangszeit einen Verbund der außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu bilden, um den neuen Ländern eine bessere Verhandlungsposition gegenüber dem Bund und gegenüber den alten, die

Die vollständige Fassung der hier gekürzt wieder gegebenen Rede findet sich im Online-Inhaltsverzeichnis zu diesem Heft unter www.physik-journal.de.

Folgen der Vereinigung ohnehin misstrauisch beäugenden alten Ländern zu geben. Aus eben diesem Grunde hatte mein Vorschlag denn auch keine Chance.

Strategische Weitsicht

Unstreitig war es sinnvoll, so bald wie möglich auch in der früheren DDR die gleiche Struktur der außeruniversitären Forschung einzuführen, wie sie schon in der alten Bundesrepublik bestand. Denn nur so gab es eine Chance zur gesamtdeutschen Zusammenarbeit. Und nur so hatte Erneuerung eine Chance. Denn natürlich hatte das politisch-ideologische Regime der DDR zu vielfältigen Verzerrungen und Entstellungen der Wissenschaft geführt. Darum hatte die von Lothar de Maizière geführte Regierung der DDR ja auch schon frühzeitig den Wissenschaftsrat um eine Evaluierung der außeruniversitären Forschung gebeten. Den Wissenschaftsrat unter seinem energischen Vorsitzenden Dieter Simon ins Spiel gebracht zu haben, stellte sich – per Saldo gesehen – als strategisch weitsichtig heraus, denn dieses Gremium erwies sich in seiner Evaluierungspraxis in zunehmendem Maße als lernwillig und lernfähig, wie viele seiner Evaluierungsberichte und institutionellen Vorschläge zeigten.

Es lief also mit einer gewissen Logik auf eine vielgliedrige Struktur der außeruniversitären Forschung nach dem Vorbild der alten Bundesrepublik hinaus. Freilich war die damals konkret zu besichtigende außeruniversitäre Forschungsstruktur der alten Bundesrepublik nur in Teilen attraktiv. Einerseits gab es die Max-Planck-Gesellschaft, die im allgemeinen Bewusstsein und insbesondere nach ihrem eigenen Verständnis in einer besonderen Liga spielt. Die Geschichte ihres Engagements besteht aus drei Kapiteln und ist kurz erzählt. Im ersten Kapitel dekretierte der MPG-Präsident, und dies ausgerechnet während der Verhandlungen zum Einigungsprozess, die DDR sei eine wissenschaftliche Wüste. Im zweiten Kapitel gründete die Max-Planck-Gesellschaft

zunächst Arbeitsgruppen an den ostdeutschen Universitäten, was damals fraglos ein wertvoller Beitrag zu deren Erneuerung war. Im dritten Kapitel gründete sie auf der Grundlage eingehender Überlegungen in allen ostdeutschen Ländern neue Max-Planck-Institute, die dort heute zu den Glanzstücken zählen. Also eine Geschichte mit einem unerfreulichen Beginn und einem strahlenden Ausklang.

Dann gab es die Fraunhofer-Gesellschaft. Die Fraunhofer-Gesellschaft wusste ganz genau, dass die DDR keine wissenschaftliche Wüste war. In Sachsen, wo ich das ab November 1990 selbst erleben konnte, guckte sie sich schon vor der Vereinigung leistungsfähige Institute aus, sodass wir den Umstrukturierungsprozess mit ihr in einer relativ kurzen Zeit erfolgreich abschließen konnten. Zusammen mit den später hinzutretenden Leibniz- und Max-Planck-Instituten machen die Fraunhofer-Institute Sachsen zu einem Schwerpunkt der außeruniversitären Forschung in Deutschland. In einer gewissen Weise spielten Max Planck und Fraunhofer, und zwar in je eigener Verantwortung, also ein Kontrastprogramm, aber mit ähnlicher Perspektive, nämlich im Osten Deutschlands präsent zu sein.

Andererseits bestand damals die außeruniversitäre Forschung der alten Bundesrepublik aus der Arbeitsgemeinschaft der überwiegend vom Bund finanzierten Großforschungseinrichtungen und aus den hälftig von Bund und Ländern finanzierten Instituten der Blauen Liste. Die Großforschungseinrichtungen waren gerade in einer vom Bundesforschungsministerium in Auftrag gegebenen Evaluierung als Dinosaurier charakterisiert worden, was eben diesem Auftraggeber nach meinem Eindruck gar nicht so unlieb war. Jedenfalls hatte das Bundesforschungsministerium einen vorzeigbaren Grund, in den neuen Ländern möglichst keine neue Großforschungseinrichtung zu gründen. Dass die angeschlagene Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen dann als Helmholtz-Gemeinschaft wie Phö-

nix aus der Asche wieder erstand, ist fast so etwas wie ein forschungspolitisches Wunder und zeigt mir, was durch energische Führung erreichbar ist.

Ein blauer Aktendeckel

Ein wirkliches Kuriosum war die so genannte Blaue Liste: ein Aktendeckel mit einer Liste von Instituten unterschiedlicher Art, die hälftig vom Bund und von den Ländern finanziert werden. Für die außeruniversitäre Forschung in der früheren DDR erwies sich dieses Kuriosum, dank dem entschlossenen Handeln des Wissenschaftsrats, als ein Gottesgeschenk. Denn nur hier konnte der Wissenschaftsrat Empfehlungen aussprechen, welche eine gewisse Aussicht hatten, auch umgesetzt zu werden. Zudem war die politische Situation günstig: Die neuen Länder waren brennend an neuen und lebensfähigen Forschungsinstituten interessiert. In den alten Ländern gab es dafür zwar keine große Sympathie, aber deren traditionelle Uneinigkeit verhinderte wirkungsvollen Widerstand. Und der Bund meinte, die Blaue Liste sei eine so schwache Gemeinschaft, dass man die Empfehlungen des Wissenschaftsrats nur als einen vorübergehenden Schritt betrachten könne. Denn nach Auffassung des Bundes gehörten die meisten neu gegründeten Institute letztlich in die Verantwortung der Länder. Tatsächlich hat der Bund schon 1994 bei der Sitzung des Wissenschaftsrats in Wiesbaden versucht, eine entsprechende Perspektive per Beschluss festzuklopfen. Das scheiterte nicht zuletzt an meinem Widerstand. In Vorbereitung der so genannten Föderalismusreform hat die damalige Bundesministerin für Bildung und Forschung, Edelgard Bulmahn, noch einmal versucht, die aus der Blauen Liste entstandene Leibniz-Gemeinschaft finanziell insgesamt den Ländern aufzudrängen. Auch dieser Versuch scheiterte.

Er scheiterte nicht zuletzt deshalb, weil die durch föderal bedingte Handlungsunfähigkeit gewonnene Zeit inzwischen ge-

nutzt worden war, um aus einer losen Arbeitsgemeinschaft, die vor allem auf die Selbstständigkeit der einzelnen Institute bedacht war, trotz erheblicher äußerer und innerer Widerstände, in Gestalt der neuen Leibniz-Gemeinschaft eine handlungsfähige und qualitätsorientierte Wissenschaftsorganisation zu schaffen. Das ist das Verdienst ihrer Präsidenten, von Ingolf Hertel bis Ernst Theodor Rietschel. Und ich bin froh über diese Entwicklung und habe sie als Minister so gut ich konnte unterstützt.

Nun mag man mir entgegenhalten: Wieso ist das ein Verdienst und warum war das unterstützenswert? Gab es nicht ohnehin in Deutschland schon zu viel außeruniversitäre Forschung und schadet dies nicht den Universitäten? In der Tat bestreite ich nicht: Die Existenz einer starken außeruniversitären Forschung widerspricht dem von Wilhelm von Humboldt proklamierten Ideal der Einheit von Forschung und Lehre. Selbstverständlich kann ich mir eine Wissenschaftslandschaft vorstellen, die allein oder ganz überwiegend in Universitäten institutionalisiert ist. Aber Deutschland ist ein föderal gegliedertes Land – nicht nur durch seine Verfassung, sondern auch durch seine Geschichte.

Wissenschaft wird auch künftig überwiegend in der Verantwortung der Länder sein. Moderne Forschung bedarf jedoch großer finanzieller Mittel, um international mithalten zu können, wozu selbst die reichen Länder nicht in der Lage wären. Wenn man also das Ideal der Einheit von Lehre und Forschung umsetzen will, ohne diese deutsche Realität zu beachten, dann wird aus dem Ideal eine Ideologie – realitätsfremd, geschichtsvergessen und mit verheerenden Folgen in der Wirklichkeit. Vor zwanzig Jahren wurde lautstark die Auffassung vertreten, jetzt sei die Stunde gekommen, das schöne Ideal, alle Forschung in den Universitäten zu konzentrieren, wenigstens in der früheren DDR durchzusetzen. Auch namhafte und achtbare Physiker waren damals unter jenen, die diese Forderung vertraten. Freilich brauchte man

selbst in jenen wilden Zeiten einen Grund in den realen Umständen. Und diese Begründung bestand in der These, in der DDR sei nach sowjetischem Vorbild die Lehre von der Forschung getrennt worden. Es gälte also jetzt, die Forschung in die Universitäten zu reintegrieren. Tatsächlich erfand der Bund, gegen den Widerstand der neuen Länder, das so genannte Wissenschaftler-Integrations-Programm (WIP), mit seinem vorhersehbaren und gemessen an seiner Zielstellung, weithin tragischen Ausgang.

Ich weiß nicht, wieweit es in der Sowjetunion zu einer rigorosen Trennung von Lehre und Forschung gekommen ist. Für mein Fachgebiet an der Moskauer Lomonossow-Universität – und da kann ich das beurteilen – trifft es jedenfalls nicht zu. Für die DDR ist es völlig eindeutig eine Legende. Nicht nur weil die Zahl der Institute, die im Zuge der dritten Hochschulreform und der Akademiereform an die AdW wechselten, an den Fingern einer Hand abzuzählen sind. Sondern weil es der Realität des wissenschaftlichen Lebens in der DDR eklatant und für jeden nachprüfbar widerspricht. Daher rede und schreibe ich seit zwanzig Jahren gegen diese Legende an, freilich mit mäßigem Erfolg. Für diesen Kreis will ich noch hinzufügen, was ich seit 1993 aus einem Gespräch mit der DFG weiß, dass nämlich diese größere Leistungsfähigkeit der universitären Forschung in der DDR gerade für die Physik zutrif.

Warum, so könnte man fragen, ist dies heute noch wichtig? Weil wir alle, ob wir es wollen oder nicht, von der Geschichte geprägt sind. Das gilt auch für die Geschichte der Einheit. Den Weg zur Einheit haben als erste die Deutschen in der DDR beschritten. Aber die Vereinigung war, wie es unter den konkreten Umständen auch gar nicht anders sein konnte, ein asymmetrischer Vorgang – mit nicht wenigen Enttäuschungen und Verletzungen im Osten. Da ist es um so wichtiger, dass die Lebensleistung der Menschen in der DDR in der Zeit vor 1989 nicht vergessen oder gar geleugnet wird.